

P R O T O K O L L

der Sitzung des Einwohnerrates vom
Freitag, 26. Januar 2024, 19.30 Uhr, im Rathaussaal

* * *

Traktanden:

1. Inpflichtnahme von Karin Merkli (FDP), Anna Schneider (FDP), Salome Schneider Boye (SP), Robert Wehrli (FDP) und Beatrice Widmer Marti (SP), aufgrund der Rücktritte von Isabella Bertschi (SP), Rita Boeck (SP), Jürg Hunziker (FDP), Michel Indrizzi (FDP) und Willi Wengi (FDP)
2. Einbürgerungen
3. Projektierungskredit für ein Full-Outsourcing der IT-Infrastruktur
4. Dringlicherklärung Postulat Miro Barp betreffend Sofortmassnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung im Raum Aareufer – Bundesasylzentrum – Bahnhof Brugg
5. Motion Andrea Rauber Saxer und Mitunterzeichnende betreffend Anpassung des Pflichtenhefts für den Planungskredit Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
6. Postulat Julia Geissmann betreffend Anlieferung Neumarktplatz (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
7. Postulat Barbara Geissmann betreffend Schwammstadt (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
8. Postulat Barbra Geissmann betreffend Direktverbindung nach Bern (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

9. Motion Rita Boeck und Mitunterzeichnende betreffend Salomonstempel Hemberg; finanzielle Unterstützung (wird vom Stadtrat abgelehnt)
10. Motion Titus Meier betreffend Sammlungsauftrag für Brugger Literatur «Bruggensia» durch die Stadtbibliothek (wird vom Stadtrat abgelehnt)
11. Motion Titus Meier betreffend Anpassung des Reglements der Stadtbibliothek (wird vom Stadtrat abgelehnt)
12. Postulat Titus Meier betreffend Zurückholen der verschenkten Brugger Bücher (wird vom Stadtrat abgelehnt)

* * *

Vorsitz: Markus Lang, Präsident
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber
Stimmzähler: Lea Kalt und André Schwarz

* * *

Präsenz: Es sind 47 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich Lidiya Oeschger und Julia Grieder (Joya Süess wird verspätet eintreffen)

* * *

Die Protokolle der Sitzungen vom 20. und 27. Oktober 2023 gelten in der vorliegenden Form als genehmigt.

* * *

Herr Markus Lang, Präsident: «Es freut mich, den Rat zur ersten Sitzung im neuen Jahr begrüßen zu dürfen. Bevor ich mit meiner Antrittsrede beginne, wird unser geschätzter Kollege Pascal Ammann den Rat einstimmen. Zur Einleitung spielt er zwei Sätze aus der Suite del Recuerdo von José Luis Merlin.

Ich kann mir vorstellen, dass die einen oder anderen unter euch gerne wissen möchten, wer da für die nächsten zwei Jahre den Rat präsidiert. Also: Mein Name ist Markus Lang. Ich bin als Brugger Bürger in Brugg geboren und aufgewachsen. Ich habe hier die Schulen besucht und selber 20 Jahre lang unterrichtet. Ehemalige und aktive Mitglieder vom Einwohnerrat können das bestätigen. Doch auch für kam einmal der Zeitpunkt, meinen Horizont zu erweitern. Ich bin darum ausgewandert, ...nach Umiken. Dort habe ich 10 Jahre lang die Schulpflege präsidieren dürfen, bis zum Zusammenschluss mit Brugg. Ich gehöre also zum Brugger Inventar, vom Alter her eigentlich schon ins Stadtmuseum. Und tatsächlich, dort bin ich bereits gelandet. Ganz rechts in der Zeitleiste auf der rückwärtigen Wand im Museumsfoyer ist ein Bildschirm. Auf diesem kann man eine Zeitreise ins Jahr 1977 machen. Es läuft ein Film in einer Endlosschleife, vor allem mit Szenen vom Jugendfest. Und dann komme ich ins Bild, wie ich ein tapferes Grüppli von wackeren Kadetten anführe. Neben meinem Einsatz als Kadetten-Oberleutnant hat es 1977 noch weitere wichtige Ereignisse und Erkenntnisse gegeben. Wir machen jetzt einen Zeitsprung ins Jahr 1977. Einiges erscheint uns aus heutiger Sicht kurios, anderes könnte auch aus unserer Zeit stammen. Wer zuhören mag, wird auch ein paar aktuelle Themen erkennen:

Der Einwohnerrat setzt sich zu dieser Zeit wie folgt zusammen: FDP 16 Sitze, SP 14 Sitze, CVP 9 Sitze, LdU 5 Sitze, SVP und EVP 3 Sitze, GLP noch kein Sitz. Die Mitglieder des Stadtrates werden ehrenvoll bestätigt. Es sind 5 Herren, 3 von der FDP und 2 von der SP. In den Grossen Rat hat unser Bezirk 5 Männer von der SP, 4 Männer von der FDP, 3 Männer von der SVP, je einen Mann vom LdU, von der CVP und von der Republikanischen Bewegung geschickt. Die einzige Frau, Frau Pfarrerin Hanna Wüest, ist Mitglied in der EVP. Weil die kleineren Gemeinden ihre Aufgaben zum Teil nicht mehr eigenständig lösen können, werden auch 1977 Zusammenschlüsse vertieft geprüft. 1977 hat es noch 232 eigenständige Gemeinden gegeben. Und wie sieht es in unserer Zeit aus? Mit der Fusion Turgi-Baden per 1. Januar 2024 sind es nun noch 197. Machen wir doch einen kurzen Fusionsexkurs zu Brugg und den Nachbargemeinden. Die Fusionseuphorie hat sich in Brugg ja bekanntlich in Grenzen gehalten. Nach Lauffohr, herzlich aufgenommen in den Gemeindebann am 1. Januar 1970, ist es dann satte 40 Jahre gegangen, bis nach mehrmaligen Anläufen auch, Zitat aus einer früheren Fusionsdiskussion, „die armenengössigen Umiker“ haben einheiraten dürfen. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Dass die Brugger Exekutive wie auch die Legislative jetzt fest in Umiker Hand sind, ist reiner Zufall und nicht das Ergebnis von einer von langer Hand geplanten Verschwörung. Der Fusionszug hat nun an Fahrt aufgenommen. Ich bin gespannt, ob Villnachern am 1. Januar 2026 ein neuer Brugger Stadtteil wird. Wenn die Fusionskadenz sich so steigert wie in den letzten Jahren, wird Windisch 2028 der nächste Brugger Stadtteil, gefolgt von den weiteren Quartieren Riniken, Habsburg, Mülligen, Gebenstorf usw.

Nimmt man nur die unmittelbar an Brugg grenzenden Gemeinden plus Mülligen, würde das die mit Abstand grösste Aargauer Gemeinde mit über 30'000 Einwohnern geben.

1977 sind es rund 8'800 Einwohnerinnen und Einwohner gewesen. Einer so grossen Gemeinde könnte Bern unmöglich den direkten Zug in die Bundesstadt streichen und ich bin mir sicher, dass dann auch die umsteigefreie Verbindung nach Hamburg-Altona wieder aufgenommen würde. Abfahrt Brugg 1977 um 21:51, Ankunft am Folgetag um Viertel nach Acht.

1977 geben sich die Bundesräte in Brugg die Klinke in die Hand: Bundesrat Rudolf Gnägi heisst Vertreter aus 13 Nationen zum militärischen Wettkampf im Freudenstein willkommen und Bundesrat Brugger spricht in Brugg anlässlich des 150. Todestages vom Pestalozzi. Er meint, die Familie erfülle ihre Aufgabe schlecht und die Schule habe sich dem Intellekt verschrieben, die Kräfte des Gemüts und des Gewissens drohen zu verkümmern. So gehe unsere Demokratie zugrunde.

Was ist 1977 sonst noch so alles passiert? Es folgt eine kurze Aufzählung:

- Die Erwachsenenbildung hat verschiedenste Kurse angeboten, beispielsweise zum Thema „sinnvoller Leben“ oder zum neuen Ehegesetz. Für das interessierten sich 27 Frauen und 2 Männer.
- Für die Mittlere Umfahrung, sprich Casino-Brücke, werden Vorarbeiten geleistet.
- Laut einer Studie ist die Lieblingsbeschäftigung vor allem von den älteren Herren, ältere Herren unter uns aufgepasst, das Spielen mit der Modelleisenbahn, das Basteln von Spielzeughäuschen und das Giessen von Bleisoldaten.
- Besonders beliebt sind Generalversammlungen der Vereine. Viele Mitglieder sind in verschiedenen Vereinen tätig. An den Generalversammlungen gehören reichhaltige Abendessen zum Programm. Die Mitgliedschaft in möglichst vielen Vereinen verhindert also das Verhungern.
- Der English Speaking Club Baden-Brugg feiert das 25-Jahre-Amtsjubiläum von Königin Elisabeth II. mit royalem Pomp.
- Brugg wird vom Verwaltungsgericht zurückgepfiffen und darf nur 1'485 Fr. statt 1'600 Fr. Schulgeld für die auswärtigen Schülerinnen und Schüler verlangen.
- Im Jugendhaus wird 76-mal am Abend zu neomodischer Musik getanzt.
- 98 % der schulpflichtigen Kinder benötigten keine Abklärung beim Schulpsychologischen Dienst oder bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie.
- Der Salomonstempel ist 36 Stunden im Dauerregen und sogar die Betten werden nass.
- Dr. Lee aus Umiken bekommt die Bewilligung, Sonnenkollektoren aufzustellen und Walter Lang feiert sein einjähriges Pensioniertenjubiläum.

Mein Rückblick stützt sich auf die Jahreschronik von Robert Brunner ab. Robert Brunner, Jahrgang 1911, war mein Klassenlehrer an der Bezirksschule. Er, ganz alte Schule, unterrichtete meistens im Anzug mit Krawatte. Seine Jahreschronik erschien in den Neujahrsblättern. Um in Erinnerungen zu schwelgen, sind sie eine reichhaltige Quelle. Möge sie ewig weitersprudeln.

Soweit mein kurzer Rückblick in die Vergangenheit.

Sei es ein längerer oder ein kürzerer Zeitabschnitt: Wir alle erleben fast täglich, wie sich unsere Gemeinde entwickelt und verändert. Und wir hier im Rat nehmen dabei wesentlichen Einfluss. Gerade in den nächsten zwei Jahren beschäftigen wir uns weiterhin bzw. neu mit zukunftsweisenden Geschäften: Dem möglichen Zusammenschluss mit Villnachern, Schulraumerweiterungen, Gebietsentwicklungen, der Hallenbadsanierung, usw.

Wenn wir den Blick auf die Weltpolitik richten, dann wird uns bewusst, dass unsere Art von Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Die Möglichkeit, so direkt Einfluss auf die Gestaltung unserer Gesellschaft zu nehmen, ist einmalig. Das müssen wir uns immer wieder in Erinnerung rufen um auch in Zukunft widerstandsfähig zu sein gegen Entwicklungen, die mittel- und langfristig unser Mitentscheidungsrecht beeinflussen und abbauen könnten. Die aktive Teilnahme an der Politik ist dabei wesentlich. Und aktiv ist schon, wer sich kritisch mit Informationen auseinandersetzt und selber eine Meinung zu gesellschaftlichen Entwicklungen bildet. Und wer es dann auch schafft, von Zeit zu Zeit die eigene Haltung zu überprüfen und eventuell anzupassen, hat auch eine gewisse Grundimmunität gegen Manipulationsversuche.

Ich habe das Vertrauen in den Rat, dass wir die Aufgaben mit der nötigen Sorgfalt anpacken. Ich habe die Arbeit im Rat grossmehrheitlich als konstruktiv erlebt. Im Gegensatz zum Bundes- oder auch zum Kantonsparlament wird den Sprechenden hier zugehört, auch wenn man zum Gehörten eine andere Auffassung hat. Der Einwohnerrat weist aus meiner Sicht keine einseitige Zusammensetzung in Bezug auf Geschlecht, Alter und beruflicher Erfahrung auf. Die politische Verteilung stellt sicher, dass die unterschiedlichsten Anliegen in die Ratsarbeit einfließen können. Wie auch immer Ratsentscheide zustande kommen, wichtig ist, dass sie das Resultat von einer vertieften Auseinandersetzung mit den Geschäften sind und dass sie im Endeffekt einen Mehrwert für unsere Gemeinde, für unsere Bevölkerung bewirken.

In diesem Sinn freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit euch als Legislative, mit unserer Exekutive und ich danke auch der vierten Gewalt im Staat, der Presse, dass sie die Arbeit im Parlament wohlwollend begleitet. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.»

Traktandum 1: Inpflichtnahme von Karin Merkli (FDP), Anna Schneider (FDP), Salome Schneider Boye (SP), Robert Wehrli (FDP) und Beatrice Widmer Marti (SP), aufgrund der Rücktritte von Isabella Bertschi (SP), Rita Boeck (SP), Jürg Hunziker (FDP), Michel Indrizzi (FDP) und Willi Wengi (FDP)

Anstelle der aus dem Rat ausgeschiedenen Isabella Bertschi (SP), Rita Boeck (SP), Jürg Hunziker (FDP), Michel Indrizzi (FDP) und Willi Wengi (FDP) werden Karin Merkli (FDP), Anna Schneider (FDP), Salome Schneider Boye (SP), Robert Wehrli (FDP) und Beatrice Widmer Marti (SP) in Pflicht genommen.

Traktandum 2: Einbürgerungen

Herr Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht vollumfänglich erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg kann den Einbürgerungswilligen somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenbezogenen Angaben entfernt.

Traktandum 3: Projektierungskredit für ein Full-Outsourcing der IT-Infrastruktur

Frau Barbara Horlacher: Eine sichere, zuverlässige und leistungsfähige IT-Infrastruktur ist eine zwingende Grundvoraussetzung für die Arbeit der Verwaltung. Deren Gewährleistung ist Aufgabe der städtischen IT-Abteilung. Diese besteht heute aus drei Mitarbeitenden, einem Supporter, der die Mitarbeitenden der Verwaltung bei Fragen und Problemen bei der Anwendung von Informatikmitteln unterstützt, einem IT-Architekten, der für die Betreuung und Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur zuständige ist, und einem Abteilungsleiter, der sich auch um Digitalisierungsprojekte kümmert.

Auch wenn die städtische IT-Infrastruktur aktuell technisch und bezüglich Datensicherheit auf einem guten Stand ist, wird es in Zukunft mit dieser schlanken Organisation immer schwieriger werden, den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, welche die fortschreitende Digitalisierung, Cyberkriminalität, Veränderungen in der Arbeitswelt und zunehmend komplexer werdende IT-Systeme mit sich bringen. Ausserdem stellt der Ausfall oder der Weggang eines Mitarbeiters wegen der aktuell kleinen Grösse der IT-Abteilung ein hohes Risiko in Bezug auf Verfügbarkeit und Sicherheit der IT-Infrastruktur dar.

Im Hinblick auf die Aktualisierung seiner ICT-Strategie und Ersatzinvestitionen in die IT-Infrastruktur, die in naher Zukunft anstehen, hat der Stadtrat deshalb die aktuelle Konfiguration überprüft und erachtet es als richtig, die IT-Infrastruktur künftig nicht mehr auf eigenen Servern mit eigenem Personal zu betreiben, sondern diese Dienstleistungen von einem externen Partner zu beziehen.

Die wichtigste Aufgabe bei der Vorbereitung eines solchen Outsourcings ist es, die Anforderungen zu definieren, welche die Stadt an ihre IT-Infrastruktur und damit an einen künftigen Outsourcing-Partner stellt. Es ist vorgesehen, im Rahmen dieser Abklärungen auch eine Integration der Schule in die städtische Lösung zu prüfen. Ausserdem soll eine mögliche Zusammenarbeit mit den Städten Aarau und Baden geklärt werden. Die beiden Städte sind aktuell daran, ihre seit 2019 bestehende, in einem Gemeindevertrag geregelte, Zusammenarbeit in der Informatik, in eine selbständige Anstalt zu überführen.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass ein Outsourcing der städtischen IT-Infrastruktur der richtige Weg ist, um auch in Zukunft einen sicheren, zuverlässigen, stabilen und kosteneffizienten IT-Betrieb zu gewährleisten. Ausserdem entlastet ein Outsourcing die städtische IT-Abteilung, so dass sich diese künftig verstärkt auf den Mitarbeitenden-Support und auf Digitalisierungsprojekte konzentrieren kann. Dem Stadtrat ist es wichtig, in den kommenden Monaten die Lösung zu evaluieren, die den Bedürfnissen der Stadt Brugg am besten entspricht. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung zum Kredit in Höhe von Fr. 70'000.-, den Ihnen der Stadtrat für die externe Unterstützung unserer städtischen IT-Abteilung bei dieser Aufgabe beantragt.

Herr Serge Läderach: Zu welchem Zeitpunkt erfolgt die Prüfung einer möglichen Integration der schulischen IT und einer Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden? Erfolgt die Prüfung vor der Ausschreibung?

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Als erster Schritt werden die Anforderungen an ein zukünftiges System definiert. Es wird ein Pflichtenheft für die Evaluierung eines zukünftigen Partners erarbeitet. In diesem Zusammenhang werden auch Lösungen gesucht, wie die IT der Schule in das städtische System eingebunden werden kann. Parallel wird eine mögliche Zusammenarbeit mit den Städten Aarau und Baden geprüft. Aufgrund der Prüfung wird ein Verfahren zur Wahl des geeigneten Partners bestimmt.

Herr Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP beantragt die Rückweisung des Geschäfts, da dieses einen überhasteten Eindruck hinterlässt. An der heutigen Sitzung sind Informationen hinzugekommen, welche im Antrag nicht genannt werden.

Im März 2022 beantragte der Stadtrat einen Kredit für eine ICT-Strategie. Der Stadtrat kam dazumal zum Schluss, dass eine Auslagerung der IT nicht die richtige Lösung für die Stadtverwaltung sei. Später beschloss der Einwohnerrat eine zusätzliche IT-Stelle. Der Fraktion ist es schleierhaft, wieso sich die Stadtverwaltung nicht bestehenden Lösungen mit anderen Gemeinden anschloss oder dies zumindest prüfte. Die Fraktion bemängelt auch schon seit längerem, dass die IT der Schule nicht bei der Stadt integriert ist.

Das Gesamtbild, welches mit dem erneuten Antrag des Stadtrates erzeugt wird, zeugt von Kopflosigkeit und Überforderung. Die Fraktion wünscht sich deshalb eine Überarbeitung des Antrags. Die drohenden Mehrkosten gegenüber der heutigen Lösung rutschen eher in den Hintergrund. Man könnte zum Beispiel auch eine Stelle streichen und damit die Mehrkosten für das Outsourcing finanzieren.

Der Präsident: Mittlerweile ist Frau Joya Süess zum Rat dazugestossen. Die neue Anzahl Anwesenden ist 48. Das absolute Mehr beträgt 26.

Frau Andrea Rauber Saxer: Die Fraktion der GLP befürwortet den Antrag des Stadtrates und lehnt den Rückweisungsantrag ab. Die Gründe dafür sind, dass die Anforderungen an die IT-Infrastruktur gestiegen sind. Die Stadt benötigt zeitgemässe Programme und genügend Serverkapazität. Auch spielt die Sicherheit eine zentrale Rolle. Cyberangriffe häufen sich bei den Gemeinden. Auch sind im IT-Bereich Fachkräfte schwierig zu finden. Die Fraktion ist der Ansicht, dass die vom Stadtrat unterbreitete Lösung kosteneffizient ist. Eine spezialisierte IT-Firma kann das nötige Know-how und die entsprechenden Fachkräfte einfacher bereitstellen als die Stadt.

Die Fraktion bittet den Stadtrat zu prüfen, ob vielleicht mit der Schule, der Regionalpolizei, dem Bezirksgericht und allenfalls weiteren Stellen Synergien genutzt werden könnten.

Zusätzlich zum Outsourcing müssen die Verwaltungsprozesse schlanker gestaltet werden, damit die Digitalisierung vorangetrieben werden kann. Das bedeutet, dass es seitens des Stadtrates klare Vorgaben braucht.

Frau Alexandra Dahinden: Das geplante Outsourcing der IT wird von der Fraktion der SP grundsätzlich unterstützt. Die Fraktion wünscht die vertiefte Prüfung eines Zusammenschlusses der IT, samt der IT der Schule, mit den Städten Aarau und Baden, IZAB. Da diese Zusammenarbeit gemäss Stadtrat geprüft wird, wird die Fraktion den Rückweisungsantrag nicht unterstützen.

Der Präsident: *Barbara Müller-Hefti hat die Sitzung verlassen. Die neue Anzahl Anwesende ist 47. Absolutes Mehr 24.*

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Gerne nehme ich Stellung zum Votum von Stefan Baumann. Bevor der Stadtrat den Kredit für die Erneuerung der IT-Infrastruktur im Einwohnerrat beantragte, wurde die städtische ICT-Strategie erarbeitet. In diesem Zusammenhang hat sich der Stadtrat beraten lassen. Die Frage bezüglich eines Outsourcings wurde intensiv diskutiert und im Jahr 2019 kam der Stadtrat zum Schluss, dass die IT-Infrastruktur mit eigenen Servern und eigenem Personal betrieben werden soll. Dies im Wissen, dass sich die IT-Umgebung rasch verändert und der Stadtrat diese weiter beobachten muss.

Für die Aufrechterhaltung der IT-Infrastruktur wurde eine zusätzliche Stelle notwendig. Diese wurde im Finanzplan miteinkalkuliert und im Oktober 2022 bewilligt. Bei der Aktualisierung des Finanzplans im Jahr 2023 beriet der Stadtrat erneut die ICT-Strategie. Im ersten Quartal 2023 hat sich der Stadtrat für einen Wechsel der Strategie hin zu einem Outsourcing entschieden. Der Einwohnerrat wurde über diese Änderung informiert und die bewilligte Stelle wurde nicht besetzt.

Herr Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP möchte vom Stadtrat wissen, wieviel die Einmalabschreibung der Hardwarekomponenten ausmacht, die zum Zeitpunkt des Wechsels auf Outsourcing ihre ordentliche Abschreibungsdauer noch nicht erreicht haben.

Die Fraktion hat schon seit längerer Zeit dazu angeregt, die Integration der IT der Schule in diejenige der Stadt zu prüfen. Dies wurde jedoch vom Stadtrat abgelehnt. Dies mit der Begründung, dass dies aufgrund von verschiedenen Ansprüchen an das System nicht möglich sei. Jetzt, ein paar Jahre später, soll es aber möglich sein. Dieses Vorgehen des Stadtrates kann unsere Fraktion nicht nachvollziehen und hält an der Rückweisung des Geschäfts fest. Der Stadtrat erhält damit die Gelegenheit, den Antrag zu überarbeiten und dem Einwohnerrat nochmals zur Beschlussfassung vorzulegen.

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Die Schule hat andere Anforderung an die IT als die Stadt. Sie arbeitet mit anderen Betriebssystemen. Es ist nun Aufgabe des Stadtrates zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, die Schule in die bestehende Lösung der Stadt zu integrieren.

Das wird Teil der Abklärungen sein. In die Kostenberechnung bisher nicht eingeflossen ist die Einmalabschreibung von Hardwarekomponenten, die zum Zeitpunkt des Wechsels auf Outsourcing ihre ordentliche Abschreibungsdauer noch nicht erreicht haben. Diese Kosten sind abhängig vom konkreten Umfang und Umsetzungszeitpunkt des Outsourcings und können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definiert werden. Bei jedem Systemwechsel entstehen Kosten und eine Überschneidung kann nicht verhindert werden.

Herr Serge Läderach: Der Kredit beinhaltet die Prüfung der Integration der Schule, und zu welchen Konditionen, sowie eine allfällige Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Auch werden die Anforderungen definiert, damit eine Ausschreibung gemäss den Bedürfnissen erfolgen kann. Diese Abklärungen sind unerlässlich und sollten jetzt in Angriff genommen werden. Eine Rückweisung wäre kontraproduktiv.

In der Abstimmung wird dem Rückweisungstrag mit 8 Ja zu 38 Nein nicht zugestimmt.

Der Präsident eröffnet die Diskussion zum ordentlichen Geschäft.

Herr Roland Leupi: Ich spreche im Namen der Fraktion der FDP. Die Verwaltung benötigt eine effiziente und zeitgemässe IT. Auch die Sicherheit ist wichtig. Das Outsourcing ist der richtige Ansatz, da durch dieses auch die Sicherheit in professionelle Hände gegeben werden kann. Es ist wichtig, dass für das Auswahlverfahren die richtigen Kriterien definiert werden und diese sich nach den Bedürfnissen der Verwaltung ausrichten. Die Fraktion erwartet, dass die Sicherheit, die Zuverlässigkeit, die Stabilität und die rasche Supporterreichbarkeit beim Auswahlverfahren hoch gewichtet werden. Die Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Herr Matthias Rüede: Die Fraktion regt an, dass eine Cloud-Lösung vom Stadtrat geprüft wird. Weiter soll die User-Experience mitberücksichtigt werden. Es müssen verschiedene Anbieter geprüft werden. Vielleicht kann der beantragte Betrag reduziert werden. Die Fraktion ist der Ansicht, dass der Projektierungskredit grosszügig berechnet wurde und die verschiedenen Kostenkomponenten nicht klar aus dem Bericht hervorgehen. Hier wünscht sich die Fraktion mehr Klarheit. Die Fraktion stimmt dem Antrag jedoch zu.

Es folgen keine Wortmeldungen. Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen für das Full-Outsourcing der IT-Infrastruktur einen Projektierungskredit in der Höhe von CHF 70'000.- (inkl. MWST) bewilligen.»

mit 38 Ja zu 8 Nein zugestimmt.

Traktandum 4: Dringlicherklärung Postulat Miro Barp betreffend Sofortmassnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung im Raum Aareufer - Bundesasylzentrum - Bahnhof Brugg

Herr Vizeammann Reto Wettstein: Der Stadtrat anerkennt die angespannte Situation. Er bittet den Rat jedoch, die Dringlichkeit des Postulates abzulehnen: Es wurde in punkto Sicherheit schon einiges unternommen und erreicht. Die Sicherheit wird durch die Kantons- und Regionalpolizei sowie von drei privaten Sicherheitsdienstleistern (Securitas, Protectas und City-Patrouille von der Alpha Security) gewährleistet. Die Regionalpolizei hat die Kontrollintensität bereits erhöht. Seit Sommer 2023 werden die Kontrollen rund um das Bundesasylzentrum (BAZ) ausgeweitet und verstärkt. Im Zentrum, bei den Verkaufsläden sowie auf dem Weg zum BAZ, werden vermehrt Personenkontrollen durchgeführt. Zudem werden die Bewohner des BAZ über das von ihnen zu erwartende Verhalten ständig informiert. Die Beleuchtung rund um das BAZ wurde intensiviert. Zusätzlich wurden weitere Kandelaber angebracht. Die Anwohnerschaft wurde gebeten, die Polizei über den Notruf über Vorfälle zu informieren. Für weniger dringliche Anliegen steht die Regionalpolizei zu den Bürozeiten zur Verfügung. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) informiert zudem über die Hotline rund um die Uhr. Das SEM hat die Einsatzzeiten des Sicherheitsdienstes inklusive der Aussenpatrouillen erhöht. Bis zum heutigen Tag sind gemäss SEM jedoch keine Anrufe wegen Belästigungen eingegangen. Auch der Polizei werden selten Vorfälle gemeldet, welche in Verbindung mit dem BAZ stehen. Ein Gesprächsangebot des SEM mit einem besorgten Anwohner wurde von diesem nicht wahrgenommen. Aktuell wurde der Sicherheitsdienst damit beauftragt, statische Kontrollen im Zentrum und am Bahnhof zu machen und Gruppierungen zu verhindern. Diese Kontrollen werden laufend der gegebenen Situation angepasst.

Der Präsident: Die Diskussion im Rat betreffend die Dringlichkeit des Postulates ist eröffnet.

Herr Miro Barp: Praktisch jeden Monat kommt es zu sicherheitsrelevanten Vorfällen. Dabei handelt es sich um Gewalt, Diebstähle, sexuelle Übergriffe sowie Missachten der Strassenverkehrsordnung. Als Folge davon vermeiden Einwohnerinnen und Einwohner gewisse Orte in der Stadt. Es entwickelt sich ein rechtsfreier Raum. Der Bahnhof ist bereits als internationaler Hotspot im Drogenhandel und der Gewalt bekannt. Wenn man dieser Entwicklung nicht sofort Einhalt bietet, wird sich dieses Problem noch verschlimmern. Dann wären nur noch restriktive Massnahmen hilfreich. Zurzeit besteht eine Kluft zwischen dem Sicherheitsempfinden des Stadtrates und demjenigen der Bevölkerung. Der Rat ist es den Einwohnerinnen und Einwohnern schuldig, dass die Sicherheit in der Stadt gewährleistet ist.

Herr Urs Bürkler: Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünen, welche den Dringlichkeitsantrag unterstützt. Die Fraktion will damit ein Zeichen setzen, dass das Thema ernst genommen wird. Die Fraktion will mit der Dringlichkeitserklärung erwirken, dass das Geschäft so rasch wie möglich behandelt wird.

Frau Lea Kalt: Ich spreche im Namen der Fraktion der SP. Die Fraktion unterstützt den Antrag auf Dringlichkeit, will jedoch darauf aufmerksam machen, dass einige Aussagen von Miro Barp überspitzt geschildert worden sind.

Herr Titus Meier: Die Fraktion der FDP unterstützt den Antrag auf Dringlichkeit, da dieses Thema offensichtlich ein Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner darstellt. Dadurch kann ein Zeichen gesetzt werden, dass der Einwohnerrat seiner Verantwortung nachkommt und die Bevölkerung wahrnimmt.

Herr Adriaan Kerkhoven: Die Fraktion der GLP unterstützt den Antrag auf Dringlichkeit ebenfalls. Es ist wichtig, dass dieses Thema besprochen wird.

Frau Barbara Geissmann: Die Fraktion die Mitte unterstützt ebenfalls den Antrag auf Dringlichkeit. Es besteht ein Problem, welches dringend gelöst werden muss.

Damit ist die Diskussion betreffend die Dringlichkeit des Postulats erschöpft.

Der Präsident: Herr Miro Barp stellt den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf. Diese Form der Abstimmung verlangt ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder.

In der Abstimmung erhält der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf 6 Ja- und 39 Nein-Stimmen. Das Quorum für die 1/4-Mehrheit wurde nicht erreicht.

In der Abstimmung erhält der Antrag auf Dringlicherklärung 44 Ja- und 1 Nein-Stimmen. Das Quorum für die 2/3-Mehrheit von 32 Stimmen wurde damit erreicht.

Der Präsident: Die Diskussion im Rat betreffend den Inhalt des Postulates ist eröffnet.

Herr Miro Barp: Einwohnerinnen und Einwohner habe sich aufgrund der unbefriedigenden Situation rund um das BAZ an den Stadtrat gewandt, jedoch keine Hilfe erhalten. Eine Gruppe von dreissig Personen hat dem Stadtrat in einem ausführlichen Schreiben ihre Not dargelegt. Trotzdem wird die Situation durch den Stadtrat bagatellisiert. Es stellt sich die Frage, weshalb ein derart grosser Graben zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern und dem Stadtrat im Empfinden der derzeitigen Situation besteht. In ihrer Not sehen sich immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner zur Selbsthilfe gezwungen. Viele Menschen meiden verschiedene Plätze rund um den Geissenschachen. Eltern haben Angst um ihre Kinder und bringen sie darum mit dem Fahrzeug zum Training.

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die Umsetzung des Postulates ist jedoch mit Mehrausgaben gekoppelt. Der Stadtrat anerkennt, wie bereits schon gesagt, die Situation und wird weitere Massnahmen prüfen und gegebenenfalls einleiten.

Frau Barbara Geissmann: Die Wahrnehmung und die eigentliche Situation rund um das BAZ sind meiner Meinung nach nicht deckungsgleich. Es werden verschiedene Probleme rund um den Bahnhof sowie dem BAZ miteinander vermischt. Ich persönlich habe schon einige unangenehme Begegnungen mit Drogenabhängigen am Bahnhof erlebt. Ich musste jedoch noch nie einen Umweg wegen des BAZ machen, um nach Hause zu kommen. Es gibt aber offensichtlich einen Teil der Bevölkerung, welcher diese Gegend rund um das BZA meidet. Und darum besteht hier undiskutabel ein Problem, welches es dringend zu lösen gilt. Die Menschen müssen ernst genommen werden und richtig aufgeklärt werden. Nicht nur die Drogenszene wird grösser, auch die Anzahl Männer im BAZ steigt stetig. Die Stossrichtung des Postulanten, die Polizeipräsenz zu verstärken, wird jedoch keine positivere Wirkung erzielen. Einen Lösungsansatz wird die bessere Aufklärung der Bevölkerung sein. Der Informationsfluss an die Anwohnerinnen und Anwohner ist spärlich und muss durch Kanton und Stadt verbessert werden.

Herr Urs Bürkler: Ich spreche im Namen der Fraktion der Grünen. Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass die Situation rund um das BAZ durch den Postulanten überspitzt dargestellt wird und die Lösungen für das Problem am falschen Ort gesucht werden. Der Stadtrat hat erklärt, dass sehr viel in die Sicherheit und in die Repression investiert wird. Die Erfahrung zeigt, dass mehr Repression nicht zwingend mehr Sicherheit bedeutet und zudem Misstrauen untereinander schafft. Vertrauen untereinander kann geschaffen werden, wenn sich die Menschen gegenseitig kennenlernen. Umso mehr man Menschen einperfcht und überwacht, desto mehr werden sie feindlich und misstrauisch sein. Eine absolute Überwachung und Sicherheit kann die Polizei nicht gewährleisten. Private Initiativen der Bevölkerung für das gegenseitige Kennenlernen und dem besseren Leben miteinander tragen oftmals mehr für ein Sicherheitsgefühl der Einwohnerinnen und Einwohner bei, als eine ständige Überwachung. Das Zusammenbringen der Menschen im und rund um das BAZ würde das Vertrauen und das Sicherheitsgefühl verbessern und ein besseres Klima schaffen.

Frau Lea Kalt: Ich spreche im Namen der Fraktion der SP. Die Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, dass eine Erhöhung der Polizeipräsenz nicht zielführend das Sicherheitsgefühl verbessert und eine reine Symbolpolitik darstellt. In der Regel bewirkt es sogar das Gegenteil und verschafft den Eindruck, dass die Bewohnerinnen und Bewohner des BAZ grundsätzlich kriminell sind. Dies schadet der Integration. Der Informationsfluss muss jedoch verbessert werden. Aus diesem Grund hat die Fraktion der SP ein Postulat eingereicht, welches den Stadtrat auffordert den Informationsfluss betreffend dem BAZ zu verbessern. Die Fraktion der SP bittet die Ratsmitglieder, dieses Postulat und nicht dasjenige von Miro Barp zu unterstützen.

Herr Titus Meier: Das Thema bereitet vielen Einwohnerrinnen und Einwohner offensichtlich Sorge. Wenn Menschen das Gebiet rund um den Schachen aus Angst meiden, dann ist die Politik gefordert. Der Stadtrat hat die Situation aufgrund von Zahlen beschwichtigt. Dies hat aber nicht dazu beigetragen, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verbessert wurde. Es wäre gut gewesen, wenn der Stadtrat die Dringlichkeit des Postulats unterstützen würde und somit seiner Verantwortung nachkommt. Die Stossrichtung des Postulats ist die richtige.

Die Sicherheitsdienste müssten zukünftig vor Ort sein, wenn die Trainings der Frauen und Kinder im Schachen stattfinden. So kann der Bevölkerung ein Sicherheitsgefühl vermittelt werden. Ich unterstütze ebenfalls den Vorstoss der SP. Der Bevölkerung fehlen immer noch die richtigen Informationen. So können sich Gerüchte und Fehlinformationen verbreiten. Der Bevölkerung müssen Fakten offen kommuniziert werden. In Brugg halten sich Asylbewerber mit abgewiesenen Asylentscheiden sowie junge Männer aus Ländern auf, welche für den Kriminaltourismus bekannt sind. Ein Kennenlernen untereinander ist nicht einfach.

Wichtig ist, dass das Problem der Bevölkerung ernst genommen wird. Es muss eine bessere Situation geschaffen werden und deshalb sollte das Postulat dem Stadtrat zur Bearbeitung überwiesen werden.

Herr Adrian Kerkhoven: Die Fraktion der GLP hat durch Andrea Rauber Saxer eine Kleine Anfrage zum Thema «Szene um das Bahnhofgebiet» eingereicht. Die Antwort des Stadtrates ist noch ausstehend.

Ich selber wurde Opfer eines Diebstahls. Mir wurde mein Laptop im Asylzentrum gestohlen. Leider habe ich dieses nicht mehr zurückerhalten. Ich finde es schade, dass die Menschen im BAZ nicht an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen dürfen. So fehlt ihnen die Tagesstruktur. Ich würde es begrüßen, dass Coaches vor Ort wären, welche die Menschen auf ihre Rückreise vorbereiten würden. Gerne würde ich vom Stadtrat wissen, wie hoch die Ausgleichszahlungen für das BAZ in Brugg sind?

Frau Joya Süess: Ich spreche im Namen der EVP-Fraktion. Die Dringlichkeit wird unterstützt. Die Probleme bestehen jedoch nicht nur beim BAZ, sondern auch in anderen Ortsteilen der Stadt. Die Probleme müssen angegangen werden. Der Stadtrat hat bereits Massnahmen genannt, welche eingeleitet wurden. Daher bin ich unsicher, ob ich das Postulat unterstützen soll oder nicht. Denn mit dem Inhalt bin ich nicht vollumfänglich einverstanden. Ich bin auch der Ansicht, dass die Erhöhung der Polizeipräsenz die Probleme nicht lösen wird.

Frau Lea Kalt: Laut Bericht der Aargauerzeitung befinden sich kaum abgewiesene Asylbewerber im BAZ Brugg. Die AZ stützt sich auf Angaben des SEM.

Herr Pascal Ammann: In der Diskussion werden viele verschiedene Sachverhalte miteinander vermischt. Die verschiedenen Brennpunkte in Brugg sind auf verschiedene Probleme in der Gesellschaft zurückzuführen. Diese können nicht lediglich den Bewohnerinnen und Bewohner des BAZ auferlegt werden. Es macht den Anschein, dass man die Menschen im BAZ nicht hier haben will und die Frage der Sicherheit als Vorwand dafür nimmt. Der Stadtrat muss mit den richtigen Fakten die Einwohnerinnen und Einwohner informieren. Nur so können Unsicherheiten und Falschinformationen vermieden werden. Ich will sicherlich kein Täterschutz betreiben. Jeder Vorfall muss geahndet werden. Vielleicht muss sogar die Polizeipräsenz erhöht werden. Aber nur nach dem Motto «so viel wie notwendig».

Herr Miro Barp: Gemäss Polizeichef der Kantonspolizei weist der Aargau eine Kriminalität auf, welche es bis dato noch nie gegeben hat. Er nennt die Hotspots Aarau und Brugg und erklärt, dass er mehr Ressourcen benötigt, um diesen entgegen wirken zu können. Ich befürchte, dass Brugg zu einem Schmelztiegel solcher Probleme wird. Die Stabilität, wie sie die Stadt früher hatte, muss wieder hergestellt werden. Die Regionalpolizei muss ihre Ressourcen so einteilen, damit sie sich diesen akuten Problemen stellen kann.

Herr Serge Läderach: Ich werde von sehr vielen Menschen auf dieses Problem angesprochen. Es ist eine subjektive Wahrnehmung die hier stattfindet, aber man muss sie anerkennen. Wir dürfen dieses Postulat nicht ablehnen, egal wie der Inhalt ist, denn das Problem an sich ist klar erkennbar. Darum bitte ich den Rat ein Zeichen zu setzen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner vom Einwohnerrat ernst genommen werden.

Herr Yves Gärtner: Im Postulat steht geschrieben «die Massnahmen seien kostenneutral umzusetzen, indem man vorübergehend andere Aktivitäten der Polizei reduziert», zum Beispiel beim Verkehr. Der Verkehr kostet laut Statistik sehr vielen Menschen das Leben. Hier Ressourcen einzusparen, wäre fahrlässig.

Es stimmt, der Einwohnerrat muss ein Zeichen setzen, dass die Bevölkerung von Brugg ernst genommen wird. Es muss aber ein Zeichen sein, welches Sinn ergibt. Und dieses besteht nicht nur aus einer Erhöhung der Polizeipräsenz.

Frau Andrea Rauber Saxer: Es benötigt verschiedene Massnahmen für die Verbesserung der Sicherheit der Stadt. Ich bin einverstanden mit dem Postulanten, dass eine Massnahme die Erhöhung der Polizeipräsenz ist. Dies wird aber ohne die Schaffung neuer Ressourcen nicht möglich sein.

Herr Titus Meier: Ich will vom Stadtrat wissen, wer zurzeit im BAZ untergebracht ist beziehungsweise welchen Aufenthaltsstatus die Bewohner haben? Ist es zutreffend, dass der so geschilderte Vorfall vom 21. Oktober auch tatsächlich so stattgefunden hat? Trifft es zu, was in den Zeitungen zu diesem Vorfall geschrieben wurde oder haben Abklärungen anderes ergeben?

Herr Urs Bürkler: Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat ein Zeichen setzt und somit die Ängste und Sorgen der Bevölkerung ernst nimmt. Trotzdem sollte dieses Postulat nicht überwiesen werden. Aufgrund der heutigen Diskussion hat der Einwohnerrat bereits ein Zeichen gesetzt und gezeigt, dass ihm dieses Thema wichtig ist.

Herr Reto Bertschi: Ich gebe regelmässig Deutschkurse im BAZ. Die Menschen im BAZ schätzen den Kontakt mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. Anstatt mehr Polizeipräsenz, müssten die Menschen mehr aufeinander zugehen. Wichtig ist, dass die Bevölkerung richtig informiert wird über die Menschen im BAZ. Dieser Informationsfluss muss zukünftig vermehrt durch den Stadtrat erfolgen.

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Die Nummer der Hotline lautet: 079 537 08 43. Der Stadtrat wird ein Informationspaket schnüren, welches alles Relevante zu diesem Thema beinhalten wird. Die Signale aus dem Rat nimmt der Stadtrat entgegen und wird diese in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen und dem SEM prüfen. Die Frage von Adriaan Kerkhoven bezüglich dem «Rückführungscoaching» kann an der heutigen Sitzung nicht beantwortet werden und muss zuerst abgeklärt werden. Gemäss Leistungsvereinbarung des Kantons vergütet dieser der Stadt jährlich CHF 100'000.- für den zusätzlichen Sicherheitsaufwand im Zusammenhang mit dem BAZ. Zur Frage von Titus Meier bezüglich der aktuellen Belegung kann gesagt werden, dass zurzeit 269 Menschen im BAZ leben. Die Zahlen variieren jedoch stark und sind mit dem aktuellen Bedarf an Unterkünften gekoppelt. Der Stadtrat wird sich Gedanken machen, in welcher Form er diese Zahlen der Bevölkerung zugänglich machen kann. Dies muss natürlich in Absprache mit dem SEM erfolgen. Bezüglich des Vorfalls vom Oktober kann der Stadtrat keine Aussage machen.

Frau Gina Sträuli: Es war und ist für Frauen immer ein Sicherheitsrisiko an der Aare joggen zu gehen. Das hat aber nichts mit dem BAZ zu tun. Dieses Sicherheitsbedürfnis kann mit mehr Polizeipräsenz auch nicht abgedeckt werden. Es hat auch schon früher Übergriffe in Brugg gegeben. Ich werde dieses Postulat ablehnen und werde dem Postulat der SP zustimmen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird das Postulat mit 25 Ja zu 23 Nein dem Stadtrat überwiesen.

Traktandum 5: Motion Andrea Rauber Saxer und Mitunterzeichnende betreffend Anpassung des Pflichtenhefts für den Planungskredit Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Die Motion verlangt, dass das Pflichtenheft für den Planungskredit Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg/Windisch dahingehend zu ändern ist, dass explizit auch Varianten geprüft werden, welche autoarm oder autofrei sind und keinen Anschluss an die Zentrumsentlastung vorsehen, respektive eine Änderung des aktuellen Richtplans in Kauf nehmen. Diese Anliegen der Motion entsprechen den Absichten der Planungspartner. Der Stadtrat nimmt deshalb diese Motion gerne entgegen. Bei der Begründung verweist der Stadtrat auf die detaillierten Ausführungen der Einwohnerratssitzung vom 28. Oktober 2023.

Frau Andrea Rauber Saxer: Ich bitte den Rat, die Motion «Anpassung des Pflichtenhefts für den Planungskredit Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch» dem Stadtrat zu überweisen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Traktandum 6: Postulat Julia Geissmann betreffend Anlieferung Neumarktplatz (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Herr Stadtrat Roger Brogli: Das Postulat von Julia Geissmann verlangt, dass im Rahmen der Neugestaltung des Neumarktplatzes geprüft werden soll, wie der motorisierte Verkehr auf dem Platz auf ein Minimum reduziert werden kann. Insbesondere soll die Anlieferung für die Geschäfte konsequent über die Hinterhöfe und Tiefgaragen erfolgen. Zurzeit läuft die Planung zur Sanierung und der Neugestaltung des Neumarktplatzes. Das Anliegen von Julia Geissmann wird vom Stadtrat unterstützt und ist auch als Auftrag so dem Planungsteam übertragen worden. Der Stadtrat ist deshalb gerne bereit, das Postulat von Julia Geissmann entgegenzunehmen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Traktandum 7: Postulat Barbara Geissmann betreffend Schwammstadt (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Herr Stadtrat Roger Brogli: Das Postulat von Barbra Geissmann verlangt, dass für Projekte zum Thema Wasserkreislauf und Schwammstadt, wie zum Beispiel die Erneuerung des Neumarktplatzes, Synergien des Kantons im Rahmen der Entwicklung der kantonalen Wasserstrategie genutzt werden sollen. Für solche Projekte ist zu prüfen, ob der Kanton (Departement Bau, Verkehr und Umwelt; Abteilung Landschaft und Gewässer) einen Unterstützungsbeitrag gewährt, bei der Planung mithilft, und/oder eine Begleitung übernimmt. Der Stadtrat ist gerne bereit, das Postulat von Barbara Geissmann entgegenzunehmen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Traktandum 8: Postulat Barbra Geissmann betreffend Direktverbindung nach Bern (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Herr Stadtrat Leo Geissmann: Im Postulat von Barbara Geissmann wird beantragt, dass der Stadtrat sich für den Erhalt der Bahn-Direktverbindung Brugg – Bern einsetzen soll.

Gemäss Bundesbeschluss soll mit dem Ausbauschnitt STEP 2035 der Bahninfrastrukturplanung die bisherige stündliche Direktverbindung Zürich – Baden – Brugg – Bern (ohne Umsteigen) aufgehoben werden. Anstelle der bisherigen halbstündlichen Verbindungen Baden – Brugg – Bern (eine mit Umsteigen in Aarau) sollen viertelstündliche Verbindungen angeboten werden, die jedoch alle nicht durchgehend geführt werden sollen, sondern ein Umsteigen in Aarau oder Olten vorsehen.

Der Kanton Aargau setzt sich in Arbeitsgruppen mit Bund, SBB und Kantonen dafür ein, dass im Ausbauschnitt 2035 zwar der Viertelstundentakt geplant und umgesetzt wird, aber mindestens eine stündliche Direktverbindung zwischen Baden, Brugg und Bern weiterhin angeboten werden soll.

Diese Bemühungen wurden durch politische Vorstösse auf Bundesebene von Marianne Binder und Thierry Burkart unterstützt. Die Vorstösse sind jedoch vom Parlament abgelehnt oder vom Bundesrat negativ beantwortet worden. Die Behandlung einer Motion und einer Interpellation von Marianne Binder ist im Nationalrat noch hängig.

Gemäss Rücksprache mit der zuständigen kantonalen Stelle lohnt es sich, auf nationaler politischer Ebene immer wieder Druck für die Beibehaltung einer Direktverbindung auszuüben. Eine Bestätigung dieses Anliegens durch die regionalen Planungsverbände würde den Kanton in seinen Bemühungen unterstützen. So soll in der nächsten Vorstandssitzung Brugg Regio ein entsprechender Brief an die aargauischen Mitglieder des National- und Ständerates verabschiedet werden.

Der Stadtrat erachtet den Erhalt einer Direktverbindung Zürich – Baden – Brugg – Bern für die Regionen Baden und Brugg als sehr wichtig, sowohl für Personen, die in Bern arbeiten, als auch für Freizeitreisende. Angesichts der bereits heute sehr stark gefüllten Züge nach und von Bern ist es nicht sinnvoll, die Fahrgäste von vollen Zügen unterwegs zum Umsteigen zu zwingen.

Die Bemühungen von Brugg Regio und des Kantons sollen unterstützt werden. Ebenso sollen die politischen Vertreterinnen und Vertreter unseres Kantons im Bundesparlament weiterhin für dieses Anliegen sensibilisiert werden.

Aus diesen Gründen ist der Stadtrat gerne bereit, das Postulat von Barbara Geissmann entgegenzunehmen.

Frau Barbara Geissmann: Ich bin erfreut, dass der Stadtrat bezüglich meines Vorstosses bereits aktiv geworden ist und bedanke mich für die Bereitschaft zur Entgegennahme.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Frau Angelika Curti: Es ist 21.50 Uhr. Ich stelle einen Ordnungsantrag auf Verlängerung der Sitzung, damit das Traktandum 9 behandelt werden kann.

In der Abstimmung wird dem Antrag auf Verlängerung der Sitzung zugestimmt.

Traktandum 9: Motion Rita Boeck und Mitunterzeichnende betreffend Salomonstempel Hemberg; finanzielle Unterstützung (wird vom Stadtrat abgelehnt)

Herr Stadtrat Leo Geissmann: Die von Rita Boeck und vielen Mitunterzeichnenden eingereichte Motion beantragt eine langfristige finanzielle Unterstützung der Stiftung «Brugger Ferienhaus Salomonstempel Hemberg» bei den anstehenden Investitionen in das Ferienhaus auf dem Hemberg. Abklärungen des Stiftungsrats haben ergeben, dass in den nächsten 10 Jahren ein Investitionsbedarf von CHF 800'000.- bis CHF 1.0 Mio. besteht, der durch die Stiftung nicht getragen werden kann. Zu diesem Vorstoss hat der Stadtrat interne Abklärungen durchgeführt und in einem Factsheet zusammengefasst.

Der Stadtrat dankt dem Stiftungsrat für seine ehrenamtliche Tätigkeit und seine Bemühungen um das Ferienhaus Hemberg und die Organisation von Lagern für Brugger Kinder. Er ist auch weiterhin bereit, die Stiftung mit immateriellen Leistungen der Stadtverwaltung für die Vermietung des Ferienhauses und die Rechnungsführung zu unterstützen. Die finanzrechtlichen Vorgaben für die Gemeinden erlauben jedoch keine Investitionen in eine Liegenschaft in privat-rechtlichem Besitz. Die notwendigen Investitionen ins Ferienhaus Hemberg können darum nicht durch einen Investitionskredit der Einwohnergemeinde Brugg (mit)finanziert werden. Denkbar wäre allenfalls ein rückzahlbares Darlehen. Aufgrund der vorliegenden Betriebsrechnung ist es aber sehr unwahrscheinlich, dass die Stiftung Hemberg die benötigte Investitionssumme amortisieren oder ein zinsloses Darlehen aus den erwirtschafteten Mitteln zurückzahlen kann. Die Rückzahlung wäre allenfalls möglich, wenn die Einwohnergemeinde die Stiftung Hemberg in Zukunft mit einem namhaften jährlich wiederkehrenden Beitrag von mindestens CHF 50'000.- bis CHF 100'000.- unterstützen würde.

Zu beachten ist, dass die Schule Brugg das Ferienhaus im Hemberg nur marginal für ihre Schullager nutzt und nutzen könnte. Gemäss Auswertung ist das Ferienhaus in den Jahren 2022 und 2023 nur während gut 5 % der ausgewiesenen Belegungstage durch die Schule Brugg benutzt worden. Die Nutzung durch auswärtige Schulen und Organisationen macht hingegen rund drei Viertel der Gesamtbelegung aus. Eine erhebliche Steigerung der Belegung durch die Schule Brugg ist jedoch nicht zu erwarten. An der Primarschule ist lediglich für die 5. Klassen ein Schullager vorgesehen und die Schulleitung macht den Lehrpersonen bewusst keine Vorgaben zur Wahl des Lagerortes. Es ist daher fraglich, ob es sinnvoll ist, erhebliche Investitionen in ein Ferienhaus zu Lasten der Einwohnergemeinde Brugg zu tätigen. Der für die Amortisation notwendige jährliche Beitrag an das Ferienhaus Hemberg von CHF 50'000.- bis CHF 100'000.- steht in keinem vertretbaren Verhältnis zu den CHF 23'000.-, welche die Stadt Brugg für die Klassenlager der Primarschule aufwendet.

Aufgrund der aktuellen Ertragslage und des allgemeinen Ausgabendrucks, sieht der Stadtrat keinen Handlungsspielraum, die Erfolgsrechnung mit einem jährlich wiederkehrenden Beitrag an die Stiftung Hemberg zu belasten.

Der Stadtrat findet es wesentlich sinnvoller, die vorhandenen Mittel direkt in Brugg und in unserer Region zu investieren und damit die Attraktivität und das Leistungsangebot vor Ort zu stärken. Aus diesem Grund lehnt der Stadtrat den Vorstoss zum Ferienhaus Hemberg ab. Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, ich bitte Sie, dem Stadtrat zu folgen und die Motion von Rita Boeck nicht zu überweisen. Ich bitte Sie, von den emotionalen Erinnerungen an schöne Erlebnisse auf dem Hemberg zu abstrahieren und einen rational begründeten und verantwortbaren Entscheid zu fällen. Es gibt für mich bessere und nachhaltigere Möglichkeiten, das Wohl der Stadt Brugg zu fördern, als in ein Ferienhaus in den Bergen zu investieren, das grösstenteils von auswärtigen Schulen und Organisationen genutzt wird.

Frau Angelika Curti: Anstehende, notwendige Investitionen für den Erhalt des Ferienhauses kann die Stiftung nicht tragen. In den nächsten 10 Jahren würden gemäss der Stiftung notwendige Investitionen von CHF 800'000.- bis CHF 1.0 Mio. betreffend Gebäudehülle, energetische Sanierung, technische Anlagen, Innenausbau und Inneneinrichtung anstehen. Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, wie die Stadt Brugg das Ferienhaus Salomonstempel langfristig bei anstehenden Investitionen und mit dem bestehenden Betriebskonzept finanziell unterstützen kann. Für die Ausarbeitung des Berichts und Antrags soll der Stadtrat eine Begleitgruppe beziehen.

Der Salomonstempel ermöglicht, dank seiner Lage, Kindern während Schullagern und Ferienlagern Erholung, Konzentration und Freude am gemeinsamen Erleben zu erfahren. Früher stand vor allem die körperliche Erholung der Kinder im Vordergrund. Das Erleben der Natur und der Gemeinschaft stehen heute im Vordergrund: Die 24h-Ablenkung und Vereinsamung der Kinder, unter anderem durch Medien, sind grosse Herausforderungen für die Jugend und unsere Gesellschaft. Medien und neue Techniken ersetzen heute vielleicht einiges in Sachkompetenz, nicht jedoch die sozialen Kompetenzen und die Beziehung zur Natur. Diese müssen heute mehr denn je gefördert werden. Mit dem Erhalt des Ferienhauses übernimmt die Stadt Brugg einen wichtigen Teil der Verantwortung für die Jugend. Eine Ferienwoche auf dem Salomonstempel bedeutet zudem Entlastung für die Eltern, welche weniger Ferien haben als die Schulkinder. Der Salomonstempel Hemberg bietet nebst den Ferien- und Schullagern für Kinder der Volksschule auch Platz für Schullager der Berufsschulen. Weiter wird das Haus genutzt von Vereinen, Familien und privaten Gruppierungen von Brugg aber auch von ausserhalb. Damit geniesst das Haus in der ganzen Brugger Bevölkerung einen hohen Stellenwert in Bezug auf Erholung und Gemeinschaft. Der Salomonstempel schafft damit bleibende Erinnerungen für Brugger Schulkinder und für die Erwachsenen. Darum bitte ich den Rat, die Motion zum Erhalt des Salomonstempel zu überweisen.

Herr Rudolf Fuchsli: Die Fraktion der FDP unterstützt grossmehrheitlich die Motion. Es geht heute noch nicht um den definitiven Entscheid bezüglich Finanzierung der Sanierungsmassnahmen. Die Stadt als Stifterin soll zusammen mit dem Stiftungsrat ein Projekt ausarbeiten und dem Einwohnerrat vorlegen. Es geht beim Salomonstempel um mehr als nur um ein Ferienhaus für die Brugger Schulen.

Die Schulen müssen sich die Frage stellen, ob die Modalitäten, dass die Lager alle gleichzeitig stattfinden müssen, noch zeitgemäss sind oder ob man diese verändern kann. So könnten mehr Kinder das Brugger Ferienhaus besuchen und davon profitieren. Die Kosten sind erheblich. Jedoch nicht so hoch, als dass sich das die Stadt nicht leisten könnte. Jetzt geht es darum, ein Finanzierungskonzept zu finden.

Herr David Hunziker: Ich spreche im Namen der Fraktion der SP. Viele Gemeinden und Stiftungen sind in irgendeiner Form an Ferienhäusern beteiligt. Viele Ferienhäuser werden sanierungsbedürftig. Das scheint der Zeitpunkt zu sein, wo man die Häuser abstösst. So wie zum Beispiel die Gemeinde Wettlingen. Es braucht aber solche Ferienhäuser, damit die Schulen Ferienlager durchführen können. Wenn alle Gemeinden ihre Ferienlager aufgrund der finanziellen Last loswerden wollen, dann gibt es solche Lager irgendwann in Zukunft womöglich nicht mehr. Vielleicht könnte das Ferienhaus in Zukunft mit Hilfe von anderen beteiligten Gemeinden betrieben und finanziert werden. So könnt eventuell auch eine bessere Auslastung erreicht werden. Für eine solche Abklärung muss die Motion durch den Rat überwiesen werden.

Frau Colette Degrandi: Ich spreche im Namen der Fraktion der GLP. Die Fraktion unterstützt die Motion. Das künftige Nutzungskonzept soll geklärt werden, damit die Stadt sich an den notwendigen Investitionen für das Ferienhaus beteiligen kann. Es gilt ausserdem zu klären, ob die Schulen in Brugg den Salomonstempel künftig mehr nutzen wollen, bevor er allenfalls abgestossen wird. Mit Bundesgerichtsentscheid im Jahr 2017 wurde entschieden, dass nur Verpflegungskosten durch die Eltern eingefordert werden dürfen. Deshalb macht es doch auch Sinn, wenn die Stadt ein eigenes Ferienhaus hat und dieses auch anderen Gemeinden gegen entsprechende Gegenleistungen zur Verfügung stellt. Daher unterstützen wir vertiefte Abklärungen zur Lösungsfindung zum Erhalt des Ferienhauses.

Herr Yves Gärtner: Die Fraktion der Grünen unterstützt die Motion.

Herr Urs Bürkler: Das Ferienhaus ist eine Investition für einen längeren Zeitraum. Im Moment ist das Lagerhaus vielleicht nicht so attraktiv und wird deshalb nicht so stark genutzt. Aber wer weiss, was in zehn oder fünfzehn Jahren ist. Vielleicht gewinnen diese Ferienhäuser wieder an Beliebtheit. Es wäre kurzsichtig, das Ferienhaus jetzt abzustossen. Das Haus stellt einen Mehrwert für die Gesellschaft dar, nicht nur für die Schülerinnen und Schüler von Brugg.

Herr Elias Gerber: Die Fraktion der EVP schliesst sich den Vorrednern an und unterstützt die Motion. Eine Sanierung kann auch eine positive Auswirkung haben und wieder mehr Schulklassen anziehen.

Frau Barbara Geissmann: Auch ich bin sehr gerne ins Schullager auf dem Hemberg gegangen und habe nur gute Erinnerungen daran. Der Einwohnerrat muss sich aber trotz allem bewusst sein, dass die Finanzierung durch Steuergelder der Einwohnerinnen und Einwohner aufgebracht werden muss. Ich hätte von der Stiftung erwartet, dass auch sie Vorschläge zur Finanzierung einbringen würden.

Herr Titus Meier: Die Stadt hat das Gebäude als Ferienhaus gekauft. Später wurde eine Stiftung gegründet. Eine Stiftung verschafft die Möglichkeit, dass auch Private das Ferienhaus finanziell unterstützen können. Die Stiftung hat davon auch immer wieder profitiert. Früher hat die Stadt das Haus mit mehreren Tausend Franken pro Jahr unterstützt. In den 90er Jahren kam eine Erbschaft hinzu, mit welcher das Haus über mehrere Jahre finanziell unterstützt werden konnte. Dieses Geld ist zwischenzeitlich aufgebraucht. Das Haus hatte einen grossen Stellenwert in der Stadt. Mehrere Stadtratsmitglieder waren und sind im Stiftungsrat vertreten. Das Factsheet des Stadtrates verschafft den Eindruck, als hätte das Ferienhaus nicht mehr viel mit der Stadt zu tun. Die Motion verlangt lediglich, dass geprüft werden soll, wie und mit welchen finanziellen Mitteln man das Ferienhaus sanieren kann. Wie gross der finanzielle Beitrag der Stadt schlussendlich sein soll, ist offen. Es wurden früher immer wieder Feste veranstaltet, bei welchen der Reingewinn der Stiftung zufluss. Das könnte ja auch beim nächsten Stadtfest so gehandhabt werden.

Frau Anna Schneider: Ferienlager für Schülerinnen und Schüler sind wichtig. Aber ob dies nun unbedingt im Hemberg sein muss, mag ich zu bezweifeln. Die Auslastung aufgrund von Schülerinnen und Schülern von Brugg ist sehr gering und der Sanierungsaufwand gross. Es müssten zuerst private Mittel zur Finanzierung gefunden werden. Wahrscheinlich würden sich viele Menschen an einer Finanzierung der Sanierungskosten für das Ferienhaus beteiligen.

Herr Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP unterstützt die Motion. Der Rat hat in der Vergangenheit schon sehr viel schlechtere Investitionen getätigt, als eine Finanzierung für den Salomonstempel.

Herr Stadtrat Leo Geissmann: Gemäss Vorstoss soll die Stadt die Sanierung finanzieren, dies geht klar hervor. Der Stiftungszweck bestimmt nicht, dass die Stiftung ein Ferienhaus besitzen muss, sondern lediglich, dass man den Schülerinnen und Schülern, welche Erholung benötigen, Ferien ermöglichen kann. Eine Steigerung der Kapazitätsauslastung durch die Schulklassen von Brugg ist beschränkt und würde keine sonderliche Änderung mit sich bringen. Deshalb bitte ich den Rat, die Kosten gegenüber dem Nutzen abzuwägen. Die Stadt hat schwierige finanzielle Zeiten vor sich. Es wird zukünftig nicht einfach sein, mit dem momentanen Steuerfuss die finanziellen Belange der Stadt zu bewältigen. Wenn nun hier mehrere hunderttausend Franken investiert werden, müssen diese woanders eingespart werden.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird die Motion mit 39 Ja gegen 5 Nein überwiesen.

Der Beendigung der Sitzung wird zugestimmt. Die übrigen an der heutigen Sitzung nicht behandelten Traktanden werden auf die nächste Sitzung verschoben.

Der Präsident gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

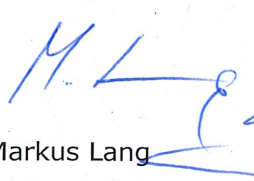
- Postulat Pascal Ammann, Alexandra Dahinden und Lea Kalt betreffend Informationsfluss BAZ (Bundesasylzentrum)
- Postulat Titus Meier betreffend Strategie zur Verbesserung des Steuersubstrats
- Kleine Anfrage Silvan Brügger betreffend Umsetzung Postulat Netto Null 2040
- Kleine Anfrage Adriaan Kerkhoven betreffend ARA Umiken ARA Wasserschloss
- Kleine Anfrage Adriaan Kerkhoven betreffend Klimaschutz der Siedlungsentwicklung der Stadt Brugg

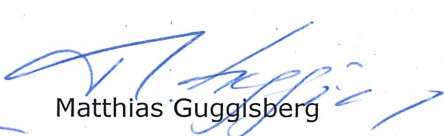
Der Präsident macht folgende Mitteilung:

- Stadtrat Jürg Baur teilt mit, dass er sich einer Rückenoperation unterziehen wird und dadurch sechs bis acht Wochen nur reduziert arbeiten kann.
- Die nächste Sitzung findet am 3. Mai 2024 statt.

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

EINWOHNERRAT BRUGG


Markus Lang
Der Präsident


Matthias Guggisberg
Der Aktuar